

14.02.2025

Stellungnahme gegen Rechts – Für Gleichberechtigung, Vielfalt und Wissenschaftsfreiheit an der TUHH

Das Studierendenparlament der TUHH positioniert sich im Namen der Studierendenschaft entschieden gegen jegliches rechtes und rechtsextrems Gedankengut sowie die damit verbundene Politik. Diese greift nicht nur unsere Werte von Offenheit, Vielfalt und Solidarität an, sondern hat auch direkte negative Auswirkungen auf unser Leben als Studierende. Der aktuelle Wahlkampf rechter Parteien verdeutlicht erneut, dass ihre Politik eine feindliche Haltung gegenüber der Wissenschaft vertritt, akademische Freiheiten einschränkt, die Rechte von Studierenden beschneidet und unseren Zugang zu einem hochwertigen und zukunftsorientierten Studium gefährdet.

Klimawandel und Wissenschaftsleugnung

Ein zentrales Thema rechter und rechtsextremer Parteien ist die Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Sie behaupten, dass der menschliche Einfluss auf das Klima wissenschaftlich ungeklärt sei und lehnen jegliche Klimaschutzmaßnahmen ab. So wird beispielsweise der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen gefordert und Investitionen in erneuerbare Energien werden abgelehnt. Dies steht im direkten Widerspruch zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Grundsätzen nachhaltiger Forschung, wie sie an unserer Universität vertreten werden. Gerade mit Blick auf das selbstaufgelegte Motto unserer Universität „Engineering to face climate change“ ist eine solche Politik nicht tragbar.

Internationalität

Darüber hinaus befürworten rechte Parteien Studiengebühren für internationale Studierende, was den Zugang zur Hochschulbildung weiter erschwert und den internationalen Austausch an Universitäten reduzieren würde. Da wir aktuell einen hohen Anteil von 28 % an internationalen Studierenden haben und die Universität das Ziel hat, sich weiter zu internationalisieren, wäre dies ein großer Einschnitt.

Zusätzlich lehnen viele Parteien des rechten Spektrums die EU als Zusammenschluss ab und sprechen sich für einen Austritt aus, wodurch internationaler Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Universitäten wie durch Forschungsk Kooperationen oder Auslandssemester erschwert werden würden.

Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulbildung

Parteien des rechten Spektrums zeigen eine erschreckende Wissenschaftsfeindlichkeit, indem sie zum Beispiel eine "Entpolitisierung" von Forschungsinstitutionen wie der Max-

Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft fordern, womit eine Streichung der staatlichen Fördergelder einhergehen würde. Diese Haltung untergräbt die akademische Freiheit und gefährdet eine zukunftsorientierte, evidenzbasierte Wissenschaft.

Zudem fordern rechte und rechtsextreme Parteien eine Abkehr von bewährten, modernen Bildungssystemen. So fordert eine Partei beispielsweise die Abschaffung des Bologna-Prozesses, also als Konsequenz die Wiedereinführung von Diplom- und Magisterstudiengängen. Dies würde nicht nur die internationale Vergleichbarkeit und Mobilität von Studierenden erschweren, sondern auch den Zugang zum Arbeitsmarkt verkomplizieren. Ferner lehnt die Partei Akkreditierungsverfahren und Modularisierung ab, was zu einem Rückschritt in der Qualitätssicherung und Studienorganisation führen würde.

Gegen Diskriminierung und für eine inklusive Hochschullandschaft

Rechte und rechtsextreme Parteien verfolgen eine rückwärtsgewandte Gesellschaftspolitik, die Gleichberechtigung und Vielfalt in Frage stellt. Besonders alarmierend sind ihre Angriffe auf die Rechte von trans* und nicht-binären Personen. Wahlprogramme sprechen beispielsweise von einem sogenannten "Trans-Kult" und fordert eine vollständige Rücknahme des Selbstbestimmungsgesetzes. Dies ist ein direkter Angriff auf die Rechte und Würde vieler Menschen an unserer Hochschule.

Sie fordern außerdem, dass das Geschlecht entgegen aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse ausschließlich aus biologischer Sicht betrachtet wird und sprechen sich gegen jegliche Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtervielfalt aus. Die Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen, wie sie gefordert wird, würde strukturelle Benachteiligungen verstärken und den Schutz marginalisierter Gruppen schwächen. Dies wäre ein massiver Rückschritt in der Förderung von Chancengleichheit und Vielfalt im akademischen Umfeld. Eine solche Politik schafft für die Betroffenen ein Klima der Angst und Ausgrenzung und widerspricht den Werten einer offenen und inklusiven Gesellschaft.

Solidarität statt Spaltung

Eine Politik, die Menschen ausgrenzt, Wissenschaft verleugnet und akademische Freiheit einschränkt, wird von uns nicht toleriert. Wir als Studierendenparlament stehen für eine demokratische, offene und soziale Gesellschaft. Wir fordern eine Hochschulpolitik, die Bildung für alle zugänglich macht, wissenschaftliche Erkenntnisse anerkennt und die gesellschaftliche Vielfalt schützt.

Deshalb rufen wir alle Studierenden dazu auf, eine informierte Wahlentscheidung im Interesse der Studierendenschaft und der freien Wissenschaft zu treffen. Denn unsere Zukunft darf nicht noch weiter durch rechte Ideologien gefährdet werden.

Wir setzen uns für ein freies, gerechtes und inklusives Bildungssystem ein!